

EDITORIAL

Europa im Wandel

Ein »wunderbares Jahr 1989« – so beschrieb Anfang der neunziger Jahre Ralf Dahrendorf die Ereignisse in Mittel- und Osteuropa. Seit dieser Zeit erleben die Gesellschaften der ehemals kommunistischen Länder Mittel- und Osteuropas radikale politische, wirtschaftliche und soziale Reformen. Das von Anfang an gesetzte Ziel – Demokratie und Marktwirtschaft – hat bei acht dieser Länder seine Vollendung im Beitritt zur Europäischen Union (EU) gefunden.

Die Transformation in Mittel- und Osteuropa dauert an. Andere osteuropäische Länder entscheiden sich überzeugend und mutig für den „europäischen Weg“.

Die globalen Herausforderungen machen sowohl in den „neuen“ als auch in den „alten“ EU-Mitgliedsländern grundlegende Reformprozesse erforderlich. Deutschland wird infolge des demographischen Wandels gezwungen sein, seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit durch Zuwanderung von qualifizierten Arbeitskräften zu sichern. Welche Bedeutung können hier die Bevölkerungen aus Mittel- und Osteuropa haben? EL

IN DIESER AUSGABE

Arbeitskräfte aus Osteuropa:
Chancen nutzen! Seite 1/2

Finanzierungsbedingungen
kleiner und mittlerer Unternehmen
in den „neuen“ EU-Mitgliedsländern Seite 3

Ukraine: Junge Demokratie
verdient die Hilfe des Westens Seite 4

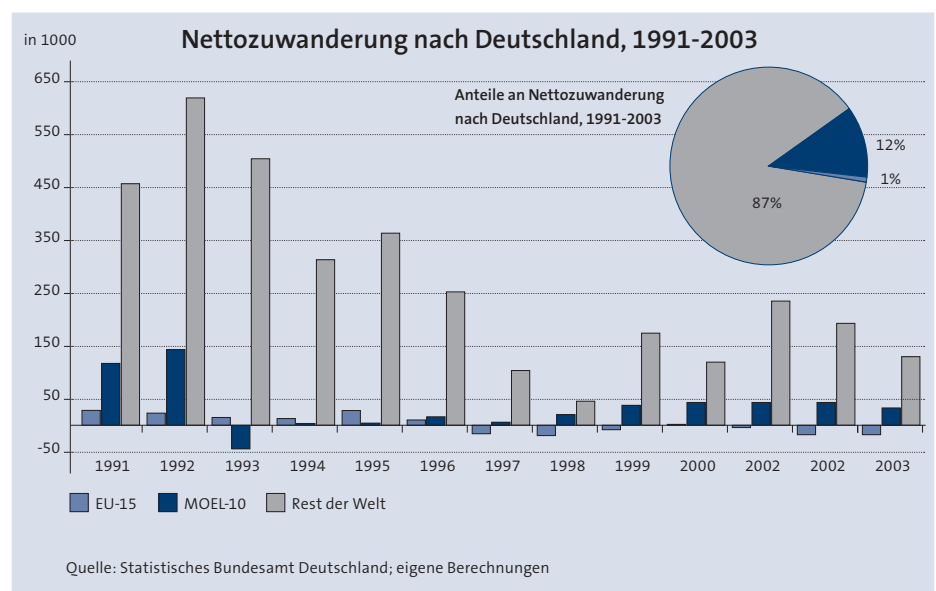
ZUWANDERUNG

Arbeitskräfte aus Osteuropa: Chancen nutzen!

Im Zuge des demographischen Wandels wird der Arbeitskräftebestand in Deutschland zurückgehen. Dies stellt den Standort Deutschland vor große Herausforderungen im Hinblick auf eine ausreichende Ausstattung mit qualifizierten Arbeitskräften. Kann die Zuwanderung aus Osteuropa eine Lösung für den drohenden Fachkräftemangel darstellen?
Von Silvia Stiller und Robert Wyszynski

Bei einer durchschnittlichen Geburtenziffer von 1,4 Kindern pro Frau wird der Umfang der deutschen Bevölkerung – auch bei einer Nettozuwanderung von 100.000 Menschen p.a. – bis zum Jahr 2050 um 9% zurückgehen. Dieses Ergebnis bezieht sich auf die mittlere Variante der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung des Statistischen Bundesamtes. Diese Entwicklung entspricht einer Abnahme der Bevölkerung bis zum Jahr 2050 um 7,3 Millionen Menschen. Gleichzeitig wird sich das zahlenmäßige Verhältnis zwischen älteren und jüngeren Menschen in Deutschland erheblich verschieben. Im Jahr 2050 wird etwa ein Drittel der deutschen Bevölkerung 60 Jahre oder älter sein. Darü-

ber hinaus werden sich im Zuge des demographischen Wandels der Umfang und die strukturelle Zusammensetzung der Erwerbsbevölkerung verändern, was erheblichen Einfluss auf die Produktionsbedingungen in Deutschland nehmen wird. Bereits bis zum Jahr 2020 wird das Erwerbspersonenpotential in Deutschland spürbar zurückgehen – um etwa 2%. Und zukünftig werden immer weniger, relativ junge Arbeitskräfte, die nach dem neuesten Stand des Wissens ausgebildet wurden, auf den Arbeitsmarkt treten. Deshalb wird bereits in naher Zukunft – zumindest in Teilsegmenten des Arbeitsmarktes, wie z.B. im Bereich wissensintensiver Dienstleistungen und forschungsintensiver In-



dustrien – verstärkter Fachkräftemangel eintreten. Engpässe im Bereich hochqualifizierter Arbeitskräfte wirken sich nachteilig auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands aus und stellen damit eine Gefahr für den Lebensstandard der Bevölkerung dar.

Eine Stabilisierung des Angebotes an hochqualifizierten Arbeitskräften – und eine Milderung der potentiellen negativen ökonomischen Auswirkungen, die mit einem Fachkräftemangel einhergehen werden – wird in absehbarer Zeit nur über Zuwanderung erreichbar sein. Können hierzu Arbeitskräfte aus Osteuropa eine Lösung darstellen?

Bisher haben die mittel- und osteuropäischen Länder, im Vergleich zu den übrigen Herkunftsländern, einen verhältnismäßig geringen Anteil an der Nettozuwanderung nach Deutschland (s. Grafik S. 1). Im Zeitraum 1991-2003 hat der Nettomigrationsaldo zwischen Deutschland und Mittel- und Osteuropa – nach einer Zuwanderungs-Welle Anfang 1990er Jahre – ein Niveau von ca. 33.000 im Jahre 2003 erreicht, wobei die Freizügigkeit von Perso-

nen zwischen den „neuen“ EU-Ländern und Deutschland gegenwärtig noch durch bilaterale Abkommen eingeschränkt ist.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes leben in der EU-15 gegenwärtig knapp eine Million Menschen aus den „neuen“ EU-Mitgliedstaaten sowie aus Bulgarien und Rumänien. Davon entfallen etwa 600.000 auf Deutschland. Die aus Mittel- und Osteuropa stammende Bevölkerung entspricht damit 0,7% der Gesamtbevölkerung Deutschlands. Polen nimmt mit 325.000 Menschen unter den mittel- und osteuropäischen Herkunftsländern den ersten Platz ein.

Im Zuge der Einführung der vollständigen Arbeitskräftefreizügigkeit, die bis spätestens 2011 auch zwischen Deutschland und den „neuen“ EU-Ländern der fünften Erweiterungsrunde realisiert sein wird, wird die Arbeitsmarktintegration zwischen „alten“ und „neuen“ EU-Ländern sicherlich zunehmen. Diese Entwicklung wird voraussichtlich das Arbeitskräfteangebot in der „alten“ EU erhöhen, weil eine Nettozuwanderung von Arbeitskräften aus Ost- nach Westeuropa zu erwarten ist.

Die zukünftige Dimension der Zuwanderung von Ost- nach Westeuropa hängt im Wesentlichen von dem Verlauf der ökonomischen Aufholprozesse in Mittel- und Osteuropa, der konjunkturellen Lage in Westeuropa und der Ausprägung weicher Push- und Pull-Faktoren ab. Dem Auswanderungsdruck aufgrund von Lohnunterschieden zwischen Ost- und Westeuropa werden die demographischen Entwicklungstrends in den mittel- und osteuropäischen Ländern entgegen wirken. Auch in diesen Ländern altert und schrumpft die Bevölkerung aufgrund niedriger Geburtenraten. Und der Umfang der erwerbsfähigen Bevölkerung wird auch hier zurückgehen.

Empirische Schätzungen zur Migration von Arbeitskräften ergeben bis 2020 ein Ost-West-Wanderungspotential in der Größenordnung von 0,7 bis 3 Millionen. Diese

Schätzergebnisse entsprechen 0,2-0,8% der gegenwärtigen Bevölkerung in der EU-15. Für den Fall, dass diese Schätzungen das tatsächliche Zuwanderungspotential abbilden, dürften die hieraus resultierenden Auswirkungen auf die Arbeitsmärkte und das Angebot an Fachkräften für die EU-15 insgesamt gering sein. Der Anteil Deutschlands an der Zuwanderung aus Mittel- und Osteuropa in die „alten“ EU-Länder wird vergleichsweise groß sein. Empirische Schätzungen implizieren, dass auch zukünftig rund 50% der Zuwanderer aus diesen Ländern – wie bereits seit Beginn der 1990er Jahre – Deutschland zum Ziel haben werden. Zuwanderung in dieser Größenordnung wird allerdings langfristig nicht dazu beitragen können, den Rückgang hochqualifizierter Arbeitskräfte in Deutschland deutlich zu mildern.

Zukünftig wird es nicht nur für Deutschland, sondern auch für andere europäische Länder – auch in Mittel- und Osteuropa – für die Sicherung ihrer ökonomischen Leistungsfähigkeit erforderlich sein, hochqualifizierte Arbeitskräfte zu attrahieren, um dem Rückgang des Arbeitskräftebestandes im Zuge des demographischen Wandels entgegen zu wirken. Im Zeitablauf werden der Rückgang und die Alterung der Erwerbsbevölkerung an Tempo gewinnen und der Wettbewerb europäischer Staaten um qualifizierte Arbeitskräfte wird sich verschärfen. **Voraussichtlich werden jene westeuropäischen Länder in ihrem Wettbewerb um qualifizierte Arbeitskräfte aus Mittel- und Osteuropa zukünftig relativ gut positioniert sein, die sich bereits heute als offene Regionen für Zuwanderer aus Mittel- und Osteuropa darstellen. Hierzu zählt Deutschland gegenwärtig nicht.** Dies hat sich unter anderem in der Einführung von Übergangsfristen zur Arbeitnehmerfreizügigkeit in der erweiterten EU gezeigt. Und die gegenwärtig vielerorts vernehmbare Stimmungsmache gegen Zuwanderung könnte hochqualifizierte Arbeitskräfte aus Mittel- und Osteuropa nachhaltig davon abhalten, eine Beschäftigung in Deutschland aufzunehmen.

EMPFEHLENSWERTE LITERATUR

Patricia Alvarez-Plata, Herbert Brücker, Boriss Siliverstovs: Potential Migration from Central and Eastern Europe into the EU-15 – An Update. Report for the European Commission, DG Employment and Social Affairs, DIW, Berlin 2003.

Christina Boswell, Silvia Stiller, Thomas Straubhaar: Forecasting Labour and Skills Shortages: How Can Projections Better Inform Labour Migration Policies? Study for the European Commission, DG Employment and Social Affairs, HWWA, Hamburg 2004.

Michael Knogler, Volkhart Vincentz: Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf die Arbeitsmärkte der neuen Mitgliedstaaten und der EU-15, insbesondere Deutschland. Working Paper Nr. 257, Osteuropa-Institut, München 2005.

Finanzierungsbedingungen kleiner und mittlerer Unternehmen in den „neuen“ EU-Mitgliedsländern

Während die Präsenz ausländischer Banken die Leistungsfähigkeit und Effizienz der Finanzintermediäre und der Finanzmärkte der „neuen“ EU-Mitgliedsstaaten bedeutend gestärkt hat, bleibt der Zugang zu den Finanzmärkten insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen ein erhebliches Problem. Von Ulrich Volz

Im letzten Jahrzehnt nahm das Engagement ausländischer Banken in den acht „neuen“ EU-Mitgliedsländern Mittel- und Osteuropas und den beiden Beitrittskandidaten Bulgarien und Rumänien stark zu. **Während der Markteintritt ausländischer Banken die Stabilität und Effizienz der Finanzsektoren dieser Länder deutlich erhöht hat, bleibt die Tiefe der Finanzmärkte im Vergleich zu den westeuropäischen Ländern nach wie vor gering.** Mit der Ausnahme von Slowenien – und in einem geringeren Umfang auch von Polen, Lettland und Ungarn – werden die Bankensektoren der zehn Länder von ausländischen Institutionen aus den „alten“ EU-Ländern dominiert. So sind z.B. die Aktiva ausländischer Banken relativ zu den Aktiva aller Banken in den letzten Jahren von durchschnittlich 22% in 1996 auf 71% in 2002 gestiegen. In Estland halten ausländische Banken gar 98% der gesamten Aktiva. Lediglich Slowenien hat mit nur 17% einen sehr niedrigen Marktanteil ausländischer Banken.

Die Finanzmärkte der „neuen“ Mitgliedsländer sind nicht nur wettbewerbsfähiger geworden, auch die Konzentration im Finanzsektor hat deutlich zugenommen. So liegt der Marktanteil der fünf größten Banken in sieben der zehn Ländern bei 65% bis 99% – deutlich höher als der Durchschnitt von 55% in den „alten“ EU-Ländern.

Welchen Effekt hat die Konzentration des Finanzsektors und die Dominanz ausländischer Institute auf die Finanzierungsbedingungen kleiner und mittelständischer Unternehmen? Die gemeinsam von der European Bank for Reconstruction and Development (EBRD) und der Weltbank durchgeführte Business Environment and

Enterprise Performance Survey (BEEPS) bietet einen bestmöglichen Einblick in die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen unterschiedlicher Größe in diesen Ländern, der sich mit empirischen Ergebnissen in anderen Regionen in Zusammenhang setzen lässt.

Die Ergebnisse für 2.427 befragte Firmen zeigen, dass sich die durchschnittlichen Finanzierungsbedingungen für alle Firmen in den zehn Ländern seit 1999 (erste Erhebung) verbessert haben. **Jedoch haben kleine Firmen nach wie vor größere Probleme eine Finanzierung zu bekommen und empfinden die Kosten der Finanzierung als größere Hürde für die Entwicklung ihres Unternehmens als größere Unternehmen.**

Der Anteil der Fremdfinanzierung an der gesamten Finanzierung ist für alle Firmen relativ gering. **Kleine Firmen haben jedoch deutlich größere Schwierigkeiten, Arbeitskapital zu beschaffen und langfristige Kredite für Investition aufzunehmen als große Unternehmen.** 68% des eingesetzten Arbeitskapitals kleiner Firmen wird aus internen Quellen generiert, im Vergleich zu 56% bei großen Unternehmen. Die Daten zeigen, dass Bankkredit generell eine relativ geringe Rolle in der gesamten Finanzierung von Umsatzkapital und neuen Investitionen spielt. Die Kreditaufnahme bei Banken spielt jedoch für größere Unternehmen eine deutlich wichtigere Rolle. Während große Unternehmen rund 17% ihres Umsatzkapitals und ihrer neuen Investitionen durch einen Bankkredit finanzieren, finanzieren sich nur 13% der mittleren und 7% der kleinen Betriebe über Bankkredite. Insgesamt deuten die Ergebnisse der BEEPS auf eine stark positive Beziehung

zwischen der Größe einer Firma und ihrer Finanzierung durch Banken.

Während die Integration der europäischen Finanzmärkte die Effizienz der Finanzmärkte in den weniger entwickelten Märkten des Integrationsraumes beschleunigt, besteht die Gefahr, dass die Umstrukturierung der Finanzmärkte in den „neuen“ EU-Mitgliedsländern hauptsächlich größeren Unternehmen zugute kommt und dass die positiven Effekte der Integration teilweise an kleineren und mittleren Unternehmen vorbei gehen. Die sogenannte large-bank barriers hypothesis und die foreign-owned-bank barriers hypothesis, welche auf empirischen Studien zur Kreditvergabe von Banken basieren, besagen, dass sowohl große als auch ausländische Finanzinstitute Schwierigkeiten haben, Kredite für kleine und undurchsichtig strukturierte Firmen zu bewilligen. In den „neuen“ Mitgliedsländern sind es aber gerade diese Finanzinstitute, die den Markt dominieren. **Treffen die Hypothesen in diesen Ländern zu, könnte dies bedeuten, dass kleinere Unternehmen deutlich weniger von der Entwicklung der heimischen Finanzmärkte profitieren würden als große Unternehmen.** Auch wenn die Ergebnisse der BEEPS keinen hinreichenden empirischen Beweis der large- und foreign-owned-bank barriers hypothesis liefern, so unterstützen sie diese Hypothesen.

STUDIE IM INTERNET

Ulrich Volz: European Financial Integration and the Financing of Local Businesses in the New EU Member States. EBRD Working Paper Nr. 89 unter: <http://www.ebrd.com/pubs/econ/workingp/89.pdf>

Ukraine: Junge Demokratie verdient die Hilfe des Westens

Wieder einmal hat eine friedliche Revolution im Osten Europas viele westliche Experten überrascht. Die Ukraine hatte man abgeschrieben. Man rechnete sie zu der Gruppe der „ehemaligen Sowjetrepubliken“, in denen – mit Ausnahme der Baltischen Staaten – die politischen wie wirtschaftlichen Reformen auf halbem Wege steckengeblieben waren. *Von Joachim Zweynert*

Nach der »Revolution in orange« sieht plötzlich alles anders aus: Die Ukraine ist kein post-sowjetisches Land mehr, sondern eine junge Demokratie, von der eine Welle friedlicher Revolutionen in anderen Teilen des ehemaligen Sowjetreichs ihren Ausgang zu nehmen scheint. Auch in der Hoffnung darauf, dass die politische Wende den wirtschaftlichen Reformen neues Leben einhauchen wird, haben die EU und die USA dem von russischen Rohstofflieferungen völlig abhängigen Land eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit angeboten.

Aber sind die Hoffnungen wirklich gerechtfertigt? Hat man nicht schon einmal, vor ziemlich genau 15 Jahren, eine rasche und durchgreifende Demokratisierung in der ehemaligen Sowjetunion erwartet und ist nur allzu bald enttäuscht worden?

Um zu verstehen, was im November letzten Jahres in der Ukraine passiert ist, muss man in der Geschichte weit mehr zurückgehen als siebzig Jahre. Dann erkennt man, dass seit Jahrhunderten quer durch Europa eine kulturelle Grenze verläuft. Westlich dieser Grenze befinden sich jene Länder, in denen die katholische und/oder protestantische Version des Christentums dominiert. In den Ländern, die östlich dieser Grenze liegen, herrscht hingegen die griechische bzw. russische Ausformung des orthodoxen Christentums vor. Seit Jahrhunderten bestand zwischen beiden Ländergruppen nicht nur ein deutliches Wohlfahrtsgefälle. Auch politisch waren die Unterschiede gewaltig. So wiesen alle katholisch und protestantisch geprägten Länder – anders als die orthodoxen Nachbarn – in der Zwischenkriegszeit schon einmal demokratische Verfassungen auf.

Selbstverständlich wird die wirtschaftliche und politische Entwicklung von Gesellschaften nicht allein durch die Religion bestimmt. Gerade die Geschichte Mitteleuropas belegt dies deutlich. Denn nach dem Zweiten Weltkrieg gelang es der Sowjetunion, ihren politischen Machtbereich auf diese Region auszuweiten und auch jenen Ländern die realsozialistische Ordnung überzustülpen, deren Bevölkerungen sich traditionell an Westeuropa orientiert hatten. Das knappe halbe Jahrhundert sozialistischer Herrschaft blieb zwar nicht ohne Wirkung auf die politischen und moralischen Einstellungen der Menschen, die in diesem System sozialisiert wurden. Aber geschichtlich gesehen, sind siebzig Jahre nicht mehr als ein Wimpernschlag. Darum hat es nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion auch nur 15 Jahre gedauert, bis man zum status quo ante zurückkehrte: **Die seit dem 1. Mai 2004 bestehende Ostgrenze der Europäischen Union fällt fast genau mit jener Kulturgrenze zusammen, die traditionell das katholisch-protestantische vom orthodoxen Europa trennt.**

In einem Fall jedoch weicht der politische vom kulturellen Grenzverlauf deutlich ab – in dem der Ukraine. Denn der Westteil des Landes, von dem die demokratische Revolution ihren Ausgang nahm, ist (griechisch-)katholisch geprägt. In der Westukraine waren – ähnlich wie in Polen, Tschechien oder den Baltischen Ländern – auch zur Zeit der kommunistischen Herrschaft Reste einer vormals blühenden Zivilgesellschaft erhalten geblieben, die sich nach dem Ende der kommunistischen Herrschaft regenerieren konnte. Dennoch ist die Ukraine nach wie vor ein kulturell wie politisch tief gespaltenes Land, in dem konträre Vorstellungen über die anzustre-

bende Ordnung um die Vorherrschaft rivalisieren, und in dem die Macht der Industrieclass aus dem Ostteil des Landes noch lange nicht gebrochen ist.

Um so wichtiger ist es, den demokratisch und marktwirtschaftlich orientierten Reformkräften entschieden den Rücken zu stärken. Gerade im Hinblick darauf, dass sich Russland mehr und mehr von den demokratischen Ordnungsprinzipien zu verabschieden scheint und sich gegenüber den ehemaligen Sowjetrepubliken zunehmend in einer imperialen Pose gefällt, könnten – wenn denn die Reformen wirklich in Gang kommen – von einer freiheitlichen und prosperierenden Ukraine zwei entscheidende Signale ausgehen. Erstens würde den Bevölkerungen in den anderen ehemaligen Sowjetrepubliken vor Augen geführt, dass der „europäische Weg“ erfolgversprechender ist als der „chinesische Weg“ autokratischer Reformen, der vor allem in Russland zunehmend Anklang findet. Zweitens sähe man, dass ein Land, das von sich aus die Kraft zur Veränderung aufbringt, auf westliche Hilfe hoffen darf.

Auch im „orthodoxen“ Osteuropa existieren zumindest Ansätze einer demokratischen Zivilgesellschaft. Zwar sind sie deutlich schwächer als in der Westukraine und in den mitteleuropäischen Ländern – aber es gibt sie. Ob sie sich entfalten können, hängt nicht zuletzt vom Verhalten des Westens ab. Gerade in Russland ist man noch immer zutiefst enttäuscht darüber, dass die westlichen Länder ihre in den frühen 1990er Jahren gegebenen Hilfsversprechen nicht gehalten haben. **Sollte sich dies in der Ukraine wiederholen, so ist der weitere Reformprozess in der gesamten Region stark gefährdet.**